

Entschließung

der 16. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages Großforschungsprogramm für die Stadtentwicklung und Deutsches Institut für Urbanistik.

Die zur 16. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in München versammelten Vertreter der deutschen Städte fordern

- ein Großforschungsprogramm der Stadtentwicklung, das nach materiellem Umfang und geistiger Anstrengung an dem Aufwand der Wirtschaft zur Entwicklung neuer Technologien und besserer Produkte gemessen werden kann,
- die Gründung eines Deutschen Instituts für Urbanistik, in dem Bund, Länder und Gemeinden mit der Wissenschaft zusammenwirken.

Die Zukunft der Menschheit liegt in den Städten. Diese Erkenntnis ist weltweit belegbar. Die Stadt ist das System, mit dem der Mensch unternimmt, die Chance des technischen Fortschritts zur Verbesserung seiner Umwelt und zur Sicherung und Vergrößerung seines Freiheitsraumes zu nutzen.

Die Qualität der Städte in ihrem baulichen Zustand und als System der Daseinsvorsorge setzt den Rahmen für die geistige, kulturelle und wirtschaftliche Entfaltung ihrer Bewohner. Die Qualität der Städte hängt von der bewußten Lenkung ihrer Entwicklung durch den Menschen ab. Dies verlangt eine genaue Kenntnis

- der Zusammenhänge und Abhängigkeiten
- eine Analyse der Bedingungen, unter denen die Städte stehen,
- die Prognose der Stadtentwicklung und
- deren Bewertung an einer Ordnung von Zielen.

Dazu ist neben der Planung der Stadtentwicklung in den einzelnen Städten eine umfassende und aufeinander abgestimmte Grundlagenforschung notwendig. Die herkömmlichen Verfahren der Forschungsorganisation können dieser Aufgabe nicht gerecht werden. Notwendig ist vielmehr

- die Aufstellung eines Forschungsplanes der Stadtentwicklung, in dem Bund, Länder und Gemeinden ihre Forschung zusammenführen und mit den Forschungseinrichtungen abstimmen;

- die Koordination der Ressortforschung in Bund und Ländern durch einen zuständigen Bundesminister, vor allem im Bereich von Städtebau, Verkehr, Umweltschutz, Raumordnung und Verwaltungsorganisation;
- die Bereitstellung finanzieller Mittel und die Werbung um das Engagement der Wissenschaft für diese Aufgabe;
- der Aufbau eines Informationssystems zur schnellen Verbreitung der Forschungsergebnisse;
- die Entwicklung eines Modells für den Aufbau von Verwaltungssystemen der Stadtentwicklung in den einzelnen Städten, deren Einbau in das Großforschungsprogramm und deren Zusammenwirken untereinander;
- die Planung und Durchführung von Großversuchen der Stadtentwicklung unter begleitender wissenschaftlicher Überwachung, damit Forschungsergebnisse in der Wirklichkeit erprobt werden können. Die Kosten dieser Versuche dürfen nicht der einzelnen Stadt auferlegt werden, sie müssen von der Gemeinschaft getragen werden.

Zunächst müssen insbesondere

- die vielfältigen, aber unabhängig vollzogenen Entwicklungen zum Aufbau neuer einsatzbereiter Nahverkehrstechnologien zusammengeführt werden,
- Stadtbausysteme entworfen werden, mit dem bauliche Möglichkeiten der Verdichtung zur Verbesserung der Lebensverhältnisse in den Städten genutzt werden können, und
- die Auswirkungen von Maßnahmen des Städtebaus und der Stadterneuerung auf das Verhalten der Menschen untersucht werden.

Einem von Bund, Ländern und Gemeinden getragenen Deutschen Institut für Urbanistik kann die weitere Planung und kooperative Lenkung des Großforschungsprogramms in Zusammenarbeit mit den bestehenden wissenschaftlichen Einrichtungen anvertraut werden.

Ein Großforschungsprogramm der Stadtentwicklung verträgt keine nationale Beschränkung. Es sollte von Anfang an so angelegt werden, daß es in die Verantwortung übernationaler oder zwischenstaatlicher öffentlicher Träger übernommen werden kann.

Die Städte appellieren an die Bundesregierung, die notwendigen Maßnahmen einzuleiten. Sie sind bereit, eigene sachliche und personelle Mittel zur Verfügung zu stellen.